

VERTRAULICHP R O T O K O L L

der

National- und Ständeratskommissionen für
auswärtige Angelegenheiten und für Aussen-
wirtschaft vom 3. November 1970 in Bern,
Parlamentsgebäude, Zimmer 86

Vorsitz:

Herr Nationalrat Stich

Anwesend sind die Herren:

Nationalratskommission für auswärtige Angelegenheiten:

Chevallaz, Arnold, Binder, Broger, Cadruvi, Carruzzo, Conzett,
Degen, Dürrenmatt, Freymond, Lehner, Renschler, Schaller,
Tschäppät, Vontobel, Weber Max, Wenger.

Ständeratskommission für auswärtige Angelegenheiten:

Lusser, Amstad, Borel, Graf, Guisan, Luder, Oechslin, Vogt

Nationalratskommission für Aussenwirtschaft:

Bochatay, Breitenmoser, Eggenberger, Egli, Fischer-Bern, Freiburg-
haus, Gugerli, Hofer-Bern, Leuenberger, Meyer-Boller, Mugny,
Olgiati, Raissig, Revaclier, Rubi, Sandoz, Schuler, Stachelin,
Suter, Trottmann, Tschopp, Weber-Zürich, Weber-Schwyz

Ständeratskommission für Aussenwirtschaft:

Honegger, Buri, Grosjean, Guisan, Hefti, Hürlimann, Munz, Nänny,
Oechslin, Stefani, Torche, Vincenz, Wenk

Entschuldigt sind die Herren:

Nationalratskommission für auswärtige Angelegenheiten:

Baechtold-Lausanne, Meyer-Luzern

Ständeratskommission für auswärtige Angelegenheiten:

Hofmann, Leu, Pradervand

- 2 -

Nationalratskommission für Aussenwirtschaft:

Abegg, Galli, Hummler, Schlumpf, Ziegler

Ständeratskommission für Aussenwirtschaft:

Heimann, Hofmann

Ferner anwesend sind die Herren:

Bundesrat Graber, Bundesrat Brugger, Botschafter Micheli,
Botschafter Jolles, Botschafter Bindschedler, Botschafter Weitnauer,
Botschafter Languetin, Minister Natural, von Tscharner

Protokoll:

HH. Simonin (f)

Bratschi, Arioli (d)

Einziges Traktandum

Europäische Integration.

Beginn der Sitzung: 08.15 Uhr

Die Referate

der Herren Bundesräte Graber und Brugger werden dem Protokoll als Anhang beigelegt.

Diskussion

Herr Schaller: Ich möchte vorerst nur die Frage stellen, wer auf Seiten der Europäischen Gemeinschaften Gesprächspartner der Schweiz sein wird.

Herr Bundesrat Brugger: An der Eröffnungssitzung vom 10. November werden wir von einer Delegation des Ministerrates unter der Leitung von Aussenminister Scheel empfangen werden. Die Erkundungsgespräche dagegen werden von der Kommission geführt werden.

Herr Renschler: Vorab danke ich den beiden Herren Bundesräten Graber und Brugger für ihre Referate, die für zahlreiche noch offene Fragen eine Klärung gebracht haben. Daran anknüpfend möchte ich einige Punkte aufgreifen, die, trotz der bundesrätlichen Ausführungen, meiner Ansicht nach noch einiger Erläuterungen bedürfen. Insbesondere scheint mir eine nähere Umschreibung und Abgrenzung der beiden Begriffe Neutralität und Souveränitätsrechte als notwendig. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass in dieser Beziehung gewisse Unklarheiten bestehen, indem die Neutralität aus der Sicht der einen mehr in militärischem Sinne aufgefasst wird, während die andern unter Neutralität die volle Wahrung der Souveränitätsrechte verstehen. Es wäre deshalb wünschenswert und sachdienlich, wenn der Bundesrat eine Präzisierung darüber abgeben könnte, wie diese Begriffe nach seiner Auffassung zu verstehen sind.

Sodann möchte ich die Frage stellen, ob der erwähnte Verlust des aussenpolitischen Profils der Schweiz bei einem Vollbeitritt zu den EG nicht eine Fiktion ist. Wo liegen denn die Unterschiede unseres aussenpolitischen Profils im Vergleich zu demjenigen der EG-Länder?

Nach den Ausführungen von Herrn Bundesrat Brugger zu schliessen, sollen einerseits nach dem 10. November die Gespräche forciert und andererseits neue Wege gefunden werden. Diese beiden Ziele scheinen mir in einem gewissen Widerspruch zu stehen, und ich zweifle daran, dass unsere Gespräche mit der EWG rasch fortschreiten werden. Vor allem ist zu bedenken, dass, solange die EWG mit den Beitrittskandidaten in Verhandlung steht, sie der Schweiz kein weitergehendes Entgegenkommen zeigen kann.

Zum Problem der öffentlichen Meinung in der Integrationsfrage möchte ich auf das Resultat einer kürzlich vorgenommenen Untersuchung verweisen, die gezeigt hat, dass das Volk im Grundton nicht derart skeptisch eingestellt ist, wie man dies bisweilen anzunehmen geneigt ist. Der Bundesrat geniesst hier einen beachtlichen "goodwill", der jedoch nur solange bestehen kann, als das Volk so gut wie immer möglich über den Verlauf der Dinge orientiert wird.

Herr Suter: Ich möchte Herrn Bundesrat Brugger zwei Fragen stellen:

1. Ist in den Verhandlungsgrundlagen eine ausdrückliche Forderung nach einem Mitspracherecht enthalten und wenn ja, welche Form wird für dieses Mitspracherecht verlangt?
2. Herr Bundesrat Brugger hat gesagt, dass der Bundesrat die Zollfreiheit für den Warenverkehr im Industriesektor vorsehe. Dagegen hat er sich nicht darüber geäußert, welche Lösung im Bereich der Arbeitskräfte angestrebt wird. Ist eine Lösung mit vermehrter Freizügigkeit vorgesehen?

Herr Arnold: Ich bin etwas erstaunt darüber, dass der Bundesrat die Aufklärung des Volkes über die Folgen einer Integration mit dem Ausdruck "wie sag ich's meinem Kinde" umschrieben hat und damit gewissermassen als Vaterfigur auftritt. Das Volk muss über die Tragweite des bevorstehenden Grundsatzentscheides vollständig ins Bild gesetzt werden; heute geübte Vorsicht in dieser Richtung könnte nur allzu leicht in Enttäuschung von morgen ausfliessen. Die politischen Auswirkungen einer Assoziierung mit der EWG müssen vom ganzen Schweizervolk klar erkannt werden können. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die jüngsten Ereignisse in Deutschland, die das Verhältnis West-Ost in ein neues Licht stellen und von denen niemand voraussehen kann, in welcher Richtung sie den politischen Kurs dieses Landes beeinflussen werden. Will die Schweiz auch weiterhin ausserhalb der Einflussosphäre politischer Machtansprüche bleiben, so gelingt ihr das nur, wenn sie mit Entschiedenheit an der Bewahrung ihrer Neutralität festhält.

Ich stelle fest, dass die sozial- und lohnpolitischen Auflagen, die uns von Seiten der EWG gemacht werden können, heute nicht zur Sprache kamen.

Abschliessend möchte ich bekräftigen, dass ich kein Gegner der Integration bin, jedoch zu grosser Vorsicht raten möchte. Wohl kann, juristisch gesehen, ein Vertrag, der sich nicht bewährt hat, unter gewissen Umständen aufgelöst werden. Viel schwieriger wird es dagegen sein, das aufgrund eines derartigen Vertrages entstandene wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis wieder in einen status quo ante zurückzuführen; bei all unsern Annäherungsschritten müssen wir uns deshalb auch über diese Folgen volle Rechenschaft geben.

Monsieur Mugny: J'aimerais d'abord faire une remarque à mon collègue M. Arnold. Il me semble que la CEE a été créée et conçue précisément pour empêcher la venue d'un deuxième Hitler et pour rendre impossible une nouvelle guerre franco-allemande. Ma seconde observation concerne les problèmes de la "deuxième génération" (politiques économique, financière, des transports etc). Nous nous rendons compte que le Marché Commun, qui avait des objectifs politiques au départ, est en train de les réaliser aujourd'hui par le biais de l'économie; ceci me paraît d'ailleurs inévitable. Pour nous, le problème qui se pose est celui de la logique des situations concrètes. J'approuve la prudence avec laquelle le gouvernement entend agir dans ses premières approches; cela me paraît raisonnable et objectif. Par la suite, les problèmes vont se poser d'une manière différente: dès le moment où le Marché Commun mènera une véritable politique économique force sera à la Suisse de s'en inspirer, voire même de la copier et ceci dans les divers domaines des finances, de la fiscalité, de la politique conjoncturelle. Est-ce que le Conseil Fédéral peut déjà se faire une idée de la politique qu'il mènera à ce moment-là?

Herr Fischer: Ich gehe mit der Konzeption und dem Vorgehen, wie sie uns hier von den Vertretern des Bundesrates dargelegt worden sind, in allen Teilen einig. Zwar bin ich noch immer der Meinung, dass es ein Glück für uns war, dass der Spuk der Assoziationslösung von 1961 keine konkreten Formen angenommen hat. Heute ist die Situation dagegen anders. Wir haben uns nicht von vorneherein auf eine bestimmte Form für ein Nahverhältnis mit der EWG festgelegt und wir sind auch viel besser vorbereitet. Eine Isolation wäre handelspolitisch für uns tragbar. Sie kommt jedoch aus Gründen des allgemeinen Entwicklungsprozesses nicht in Frage. Andererseits fällt auch ein Beitritt oder eine Assoziation nicht in Betracht. Im Gegensatz zu Herrn Renschler bin ich der Meinung, dass ein blosser Vorbehalt der Neutralität nicht genügen würde, um uns

eine für die Glaubwürdigkeit der Neutralität ausreichende Handlungsfreiheit zu bewahren. Ich glaube, die Herren Binswanger und Mayrzedt gehen fehl, wenn sie ihren Betrachtungen die Behauptung zugrundelegen, dass die EWG de facto keine politischen Konsequenzen habe. Herr Dahrendorf hat uns mit aller Deutlichkeit die heute schon existierenden politischen Konsequenzen vor Augen geführt. Wir müssen uns klar sein, dass wir uns auch politisch engagieren mit einer zu nahen Bindung an die EWG.

In drei Punkten möchte ich die Ausführungen der bundesrätlichen Sprecher etwas nuancieren:

1. Herr Bundesrat Brugger hat von einem umfassenden Vertrag sui generis gesprochen. Zugleich hat er aber auch festgehalten, dass der Inhalt dieses Vertrages vorerst recht bescheiden sein könnte. Man kann sehr wohl nach aussen eine möglichst umfassende Lösung vertreten, muss sich aber dabei intern darüber klar sein, dass in nächster Zeit voraussichtlich nur partielle Lösungen möglich und für uns vorteilhaft sind. Bei diesen partiellen Lösungen ist allerdings darauf Bedacht zu nehmen, dass wir nicht stückweise doch mehr hineingezogen werden, als für uns von Gutem ist.
2. Ich bin nicht so sicher, ob es für uns günstig ist, derart Gewicht auf ein gleichzeitiges Inkrafttreten der Verhandlungsergebnisse mit den verschiedenen EFTA-Ländern zu legen. Ich habe bereits in einer früheren Sitzung darauf hingewiesen, dass wir dadurch Gefahr laufen, in Zeitdruck zu geraten und dass bereits der London Pledge von 1961 deswegen äusserst problematisch gewesen ist. Grossbritannien und die EWG werden nicht auf uns warten. Auch dies gilt natürlich nur als interne Ueberlegung, mit der wir uns auf eine Uebergangsphase gefasst machen müssen, während der wir gewisse, allerdings nicht sehr schwerwiegende Zolldiskriminierungen, in Kauf zu nehmen haben.

3. Noch eine Bemerkung zur Publizitätspolitik. Bei meinen zahlreichen Vorträgen über die Integration habe ich die Erfahrung gemacht, dass diese Dinge derart kompliziert sind, dass eine breite Aufklärung fast als unmöglich erscheinen muss. Wir haben uns auf eine bessere Verbreitung der Grundfakten zu beschränken.

Abschliessend möchte ich noch einmal betonen, dass ich mit der Auffassung des Bundesrates völlig einverstanden bin. Wir müssen uns jedoch vor Augen halten, dass wir Zeit haben. Wenn wir daran denken wieviel "definitive Entwicklungen", die nach kurzer Zeit in sich zusammengefallen sind, wir in den letzten 30 Jahren mit angesehen haben, dann brauchen wir auch heute keine Angst zu haben, den Anschluss zu verpassen.

Herr Breitenmoser: Die vom Bundesrat vorgetragenen Auffassungen und Richtlinien betrachte ich als ein absolutes Minimalprogramm, in dem sich, einmal mehr, die grosse schweizerische Zurückhaltung offenbart. Sicherlich geht es nicht darum, dass die Schweiz mit fliegenden Fahnen der EWG zueilen soll. Es gilt jedoch, eine Form zu finden, bei der unsere europäische Gesinnung besser zum Ausdruck kommt. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, dass wir uns nur aus geschäftlichen Ueberlegungen am Gemeinsamen Markt beteiligen wollen. Unsere Verhandlungen sollten deshalb von dieser minimalen Plattform aus in höhere Sphäre aufsteigen können, die ein stärkeres Engagement der Schweiz durchblicken liessen. Wir wissen nicht, wie das Volk darüber denkt. Die breiteste bisher durchgeführte Untersuchung stammt vom Vortort und ist namentlich wirtschaftlicher Natur. Sie zeigt insbesondere nicht die Meinung der jungen Generation, die weitgesteckte Ziele in gesamteuropäischer Richtung verlangt.

Herr Weber Max: Ich danke den Herren Bundesräten Graber und Brugger für ihre ausserordentlich klaren Ausführungen. Anders als Herr Fischer halte ich es für unumgänglich, dass die EFTA-Zollfreiheit aufrechterhalten bleibt. Das ist aber nur möglich, wenn die Lösungen der EFTA-Länder mit den Europäischen Gemeinschaften gleichzeitig in Kraft gesetzt werden. Auch die andern EFTA-Länder haben an dieser Gleichzeitigkeit ein Interesse.

Wie Herr Bundesrat Brugger richtig bemerkte, kommt für uns nur eine GATT-konforme Lösung in Frage, d.h. möglich ist nur eine Zollunion oder eine Freihandelszone. Eine Zollunion ist indessen für uns nicht annehmbar. Die Freihandelszone wäre für uns die Ideallösung, doch geht sie den EG zu wenig weit. Wir werden deshalb eine gewisse Koordination bei der Gestaltung des Zollltarifs in Kauf nehmen müssen.

1961 wurde ursprünglich ein Kündigungsrecht für den Kriegsfall vorgesehen, der dann erweitert wurde zu dem etwas allgemeineren Begriff des Falles internationaler Konflikte. Welche Art von Kündigungsrecht ist heute vorgesehen? Da der Vertrag möglicherweise nur als ein erster Schritt betrachtet wird, ist doch zum mindesten eine Revisionklausel notwendig.

Ich nehme an, dass auch über den Vorbehalt der direkten Demokratie in der Eröffnungserklärung etwas gesagt wird. Darin liegt das schwierigste Problem. In den Bereichen der Landwirtschaft, der Arbeitsmarktpolitik, der Neutralitätspolitik usw. sind m.E. die Probleme leichter zu lösen.

Wir werden die Zustimmung des Volkes für den Vertrag brauchen, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass nur ein gewöhnlicher Handelsvertrag oder ein Vertrag wie die EFTA-Konvention das Ergebnis der Verhandlungen sein wird. Eine sachliche und nüchterne Aufklärungsarbeit, die vor allem von uns Parlamentariern zu leisten sein wird, ist deshalb notwendig. Sie wird sehr schwierig sein, und der Bundesrat ist in dieser Hinsicht m.E. zu optimistisch.

- 10 -

Zu optimistisch ist er wohl auch über die Haltung der EG-Staaten. Es ist zu hoffen, dass die Aussenminister die freundlichen Aeusserungen, die sie bei den bisherigen Kontakten gegenüber dem Bundesrat gemacht haben, auch in den bevorstehenden Gesprächen bekräftigen werden und dass ihre Staaten sich danach verhalten.

Für unser Volk wird die Freihandelszone eine maximale Lösung darstellen, während sie für die EG eher einer minimalen Lösung gleichkommen würde.

Herr Hofer, Bern: Ich danke den beiden Herren Bundesräten für ihre Referate. Ihre Beurteilung der Lage sowie ihre Vorstellungen über das taktische Vorgehen erachte ich grundsätzlich als richtig. Insbesondere bin ich froh, dass der Bundesrat die Existenz von essentiellen Strukturen erwähnt hat. über die in keinem Falle verhandelt werden dürfe. Herr Dahrendorf hat dafür den Ausdruck der "an sich sympathische Eigenschaften der Schweiz" verwendet. Diese Bezeichnung vermag dem wahren Inhalt der essentiellen Strukturen jedoch nicht gerecht zu werden, da sie, anders als blosse "Eigenschaften", unabdingbar und unauswechselbar sind. Wollte man an diesen Fundamenten rütteln, so könnte es leicht geschehen, dass desintegrierende Wirkungen mit einer Integration einherschreiten würden.

Meiner Ansicht nach besteht heute im Volk zu wenig Klarheit über die Gegensätzlichkeit des Beitritts einerseits und der konzessionslosen Wahrung der Neutralität andererseits. Diese Antinomie muss den Leuten klar vor Augen geführt werden, damit sie sich entscheiden können, ob und auf welchen Gebieten sie zu Konzessionen bereit sind. Jede Konzession bedeutet letztlich einen Abbau unserer Souveränität und muss deshalb wohl überlegt werden. Hinzu kommt, dass übermässige Abstriche unsere Neutralität untergraben würden und gegenüber den übrigen Staaten kaum mehr glaubwürdig erscheinen liessen. Eine derartige Schwächung könnte in

- 11 -

der Sowjetunion zum Anlass genommen werden, die schweizerische Neutralität in Frage zu stellen, was nicht leicht zu nehmen wäre.

Bezüglich der Einstellung der Jugend verweise ich auf eine vom Nationalfonds ermöglichte Erhebung unter den Rekruten, bei der sich die jungen Männer in ihrer überwiegenden Mehrheit für das Aufrechterhalten der Neutralität ausgesprochen haben.

Aus sicherheitspolitischer Sicht ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die USA in der letzten Zeit deutlich den Weg einer zunehmenden Isolationierung eingeschlagen haben. George Kennan hat gesagt, dass dies zu einer "Verschweizerung" Europas führen würde. Das ist jedoch nicht zutreffend, denn den europäischen Ländern fehlt der Abwehr-Wille, der Voraussetzung einer bewaffneten Neutralität nach schweizerischem Muster ist. Viel näher liegt eine "Finnlandisierung", d.h. eine Neutralität, die vom Wohlwollen der UdSSR abhängig ist. In diesem Zusammenhang ist auch an den unlängst zustande gekommenen Vertrag zwischen der UdSSR und Deutschland zu denken, der für die westlichen Länder gegenwärtig einen bedeutenden Unsicherheitsfaktor darstellt, da noch ungewiss ist, wie sich die deutsch-russischen Beziehungen im Lichte dieses Abkommens entwickeln werden.

Herr Dahrendorf hat in seiner Berner Rede bemerkt, die EWG habe ihre politische Phase erreicht. Dieser Ansicht ist entgegenzuhalten, dass es der EWG bis anhin nicht gelungen ist, eine Harmonisierung in der Aussenpolitik ihrer Mitgliedstaaten herbeizuführen, weshalb meiner Auffassung nach die Voraussetzungen für eine politische Integration im engern Sinne noch nicht als erfüllt betrachtet werden können.

Zum Schluss möchte ich meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, dass wir wohl getan haben, anfangs der 60er Jahre nicht in die EWG hineinzuspringen. Der Zug ist nicht verpasst. Ganz im Gegenteil, die Ausgangslage erscheint heute viel günstiger als dies vor bald 10 Jahren der Fall war.

Herr Dürrenmatt: Ich schliesse mich denjenigen Vorredern an, die sich positiv zu den Darlegungen der beiden bundesrätlichen Sprecher geäußert haben. Es steckt eine grosse Arbeit hinter dem Konzept, das uns hier unterbreitet wurde. Dieses Konzept stellt eine glückliche Verbindung von grundsätzlichen Erwägungen und pragmatischen Verfahrensweisen dar. Im Gegensatz zu Herrn Breitenmoser erachte ich es als wohltuend, dass das Konzept keine deklaratorische Liebeserklärung gegenüber den EG enthält. Eine solche würde uns in Brüssel nicht abgenommen und bei uns würde sie nur Verwirrung stiften. Wenn wir an die Härte denken, mit der innerhalb der EWG die Agrarordnungen ausgehandelt worden sind, dann brauchen wir uns dieser Nüchternheit, mit der wir die Ausgangslage der kommenden Gespräche und Verhandlungen darlegen, nicht zu schämen.

Eine vermehrte Publizität wird ohne Zweifel notwendig sein, denn der Bundesrat wird auch auf Kritik stossen. Für die erforderliche Aufklärung sind indessen die vorhandenen Kader ungenügend. Die Parteien und Verbände haben deshalb vermehrt Referenten auszubilden. In der ersten Phase wird sich die Aufklärung auf die grundsätzlichen Aspekte unseres Verhältnisses zu den europäischen Ländern beschränken müssen. Dabei wird auch die Neutralität zur Sprache kommen. Wir befinden uns mit ihr keineswegs auf einem Abstellgeleise in einer Zeit, da die Grossmächte sich untereinander zu arrangieren suchen. In der zweiten Phase wird dann das Ergebnis der Erkundungsgespräche Gegenstand der öffentlichen Diskussionen sein. Es ist zu begrüßen, dass der Bundesrat Vorbereitungen für diese Diskussionen an die Hand nimmt.

Herr Schaller: Entgegen der Ansicht von Herrn Fischer bin ich der Auffassung, dass die Zeit drängt. Wir müssen uns bewusst sein, dass nach dem 10. November die EWG die Marschtabelle bestimmen wird. In diesem Zusammenhang verweise ich auf zahlreiche Ereignisse der letzten Zeit, die eine unverkennbare Verstärkung der Machtstellung der EWG haben durchblicken lassen.

Angesichts der bloss exploratorischen Natur der bevorstehenden Gespräche - vorwiegend wird es darum gehen Fragen und Gegenfragen zu stellen - möchte ich davor warnen, unserer Delegation zu viele Auflagen mit nach Brüssel geben zu wollen, die sie lediglich in ihrer Flexibilität beschränken würden. Der vom Bundesrat geplante Verhandlungsablauf scheint mir deshalb als wohl überlegt und richtig. Soweit der Ministerrat unser Gesprächspartner sein wird, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass dieses Organ ziemlich starken Wechseln personeller und institutioneller Natur unterworfen ist. Die eigentliche und massgebende Konstante bildet nach wie vor die Kommission, die bereits mehrmals einen härteren Kurs eingeschlagen hat als der Ministerrat und der es schon verschiedentlich gelungen ist, sich gegenüber diesem durchzusetzen.

Herr Lusser: Die Diskussion hat gezeigt, dass die Mitglieder unserer vier Kommissionen im Grossen und Ganzen übereinstimmend mit der Konzeption des Bundesrates einiggehen. Schon im Verhandlungsgesuch von 1961 haben wir uns die Fortführung einer eigenen Handelspolitik vorbehalten. Eine Zollunion ist daher ausgeschlossen. Die Zielsetzung der EWG ist zumindest in der Schlussphase zweifellos politisch, denn der Rom-Vertrag stellt nur einen Schritt auf dem Wege zur Neugestaltung Europas dar. Schon Spaak hat im Europarat gegenüber der Schweiz festgehalten, dass in der Schlussphase der europäischen Integration für die Neutralität kein Platz mehr sei. Wenn dieses geeinigte Europa, das als Dritte Macht zwischen den beiden Supermächten notwendig ist, Gestalt annimmt, wird sich für die Schweiz eine viel schwierigere Entscheidung als heute stellen. Heute geht es nur um die Beteiligung an der ersten Phase der wirtschaftlichen Integration.

Die Aufklärung unseres Volkes ist ausserordentlich wichtig. Wir müssen sie in einfachen Formeln vornehmen, damit das Volk weiss, worum es geht, wenn es zu entscheiden haben wird.

Monsieur Graber: Je me limiterai à quelques brèves remarques. Je ne crois pas que MM. Renschler et Breitenmoser apprécient d'une manière exacte la position du gouvernement face à la construction européenne. Quelle est-elle, cette position? Le Conseil Fédéral est absolument conscient de l'intérêt de la Suisse de participer à cette construction. J'use à dessein du verbe "participer", comme vient de le faire du reste mon collègue M. Brugger en parlant d'"Etat participant"; c'est une manière de marquer une différence avec l'expression "être membre" ou "appartenir". Le désir de participer repose sur des motifs de double nature, économique et politique. Economiquement, notre pays trouve son intérêt dans le raffermissement des structures européennes; peut-être pas à court ou moyen terme, mais sûrement à longue échéance. Politiquement, notre intérêt n'est pas moindre de voir se constituer une Europe moins dépendante du reste du monde, pour ne pas dire du dollar. Nous sommes au coeur de l'Europe à laquelle de solides liens historiques et culturels nous attachent. Que pouvons-nous souhaiter d'autre sinon la voir jouer à nouveau un rôle à sa mesure et conforme à son génie? J'estime que le reproche formulé par M. Renschler est particulièrement injuste lorsqu'il nous accuse de nous servir de la neutralité comme d'un prétexte. Dans le monde d'aujourd'hui, rien ne se passe qui ferait apparaître notre neutralité comme une chose plus actuelle; son utilité est au contraire reconnue par tous nos futurs partenaires. Elle est et demeure, si je puis m'exprimer ainsi, d'utilité européenne, comme en 1815. La neutralité est évidemment un concept étroitement lié à celui de souveraineté. La plupart des traités impliquent une diminution de souveraineté; celui que nous passerons avec la CEE n'échappera pas à cette règle. Là réside le lien entre neutralité et souveraineté. Au-delà d'une certaine quotité d'abandon de la souveraineté, il n'y a plus de neutralité possible.

Je n'ai pas bien suivi, à dire vrai, le raisonnement de M. Breitenmoser qui a parlé d'un "miniprogramme". Il me semble que le contraire est vrai: ne recherchons-nous pas précisément

un accord le plus large, le plus vaste possible, embrassant les problèmes les plus variés, y compris ceux - importants s'il en est - de la "deuxième génération"?

M. Mugny a parlé à raison de la logique des situations concrètes. Sa curiosité cependant me paraît quelque peu prématurée. Car qui se risquerait à prévoir l'évolution future d'une institution en devenir comme le Marché Commun?

Je dirai à M. Schaller que s'il est vrai que la Commission de la CEE est beaucoup plus qu'un simple organe d'exécution, il serait également éronné de s'imaginer que la Commission concentre en elle tous les pouvoirs. Entre le Comité des Ministres et la Commission les liens relèvent de l'action et de la réaction réciproques. Il n'est pas moins vrai que la Commission n'a cessé de prendre de l'importance et du poids; certains gouvernements exercent sur ses membres un grand ascendant, d'autres moins.

Herr Bundesrat Brugger: Vorerst möchte ich den Herren National- und Ständeräten danken für die sachliche Art und Weise, in der die Diskussion geführt wurde. Es ist ein Anliegen des Bundesrates, die im Volk und Parlament herrschende Einstellung zu den Integrationsfragen möglichst vollständig zu kennen, damit die kommenden Gespräche stets auf dem Boden der Realität bleiben.

Zu Herrn Arnold: Der Ausdruck "wie sag ich's meinem Kinde" ist nicht im patriarchalischen Sinne zu verstehen. Er soll nur verdeutlichen, dass es darum geht, dem Volk ein überaus komplexes Problem knapp und klar zu erklären.

Zu Herrn Suter: Die Frage nach dem Mitspracherecht in den Organen der EG ist ebenso berechtigt wie schwierig zu beantworten. Mit Gewissheit kann bereits heute gesagt werden, dass der Schweiz das ordentliche Mitspracherecht verwehrt bleiben wird; dieses Recht

steht allein den Mitgliedstaaten zu. Von dieser Feststellung ausgehend eröffnen sich, je nach der Intensität unserer Angliederung, verschiedene Möglichkeiten einer Mitsprache. Wird eine Lösung vereinbart, die wesentliche Merkmale einer Freihandelszone aufweist, so könnte der Schweiz wohl kaum ein umfassendes Mitspracherecht eingeräumt werden - abgesehen davon, dass ein solches sachlich gar nicht von entscheidender Notwendigkeit wäre. Bewegt sich unsere Assoziierung indessen mehr in Richtung Zollunion, so müsste der Schweiz ein derart ausgestaltetes Mitspracherecht zukommen, dass sie in allen Belangen, die sie direkt betreffen, auch stimmberechtigt wäre, d.h. in allen Bereichen, die harmonisiert werden und vor allem in der sogenannten Integration der zweiten Generation. Hierfür sind neue Formen der Mitsprache notwendig. Ein Beispiel bildet die Patentrechts-Konvention.

Die Probleme der Freizügigkeit werden in unserer Erklärung erwähnt. Sie brauchen aber nicht Gegenstand der Gespräche oder der Verhandlungen zu sein. Angesichts der überdurchschnittlich grossen Anzahl Ausländer, die in der Schweiz leben, können wir mit Gewissheit auf eine verständnisvolle Haltung der EG zählen. Dies schon deshalb, weil andere europäische Länder mit viel geringeren Ausländeranteilen sich heute ebenfalls vor ähnliche Probleme gestellt sehen.

Zu Herrn Fischer: Unsere Gespräche mit den EG sind nur sinnvoll, wenn wir von vorzeitigen und einseitigen Beschränkungen des Verhandlungsfeldes möglichst absehen. Dies will indes nicht heissen, dass wir gegenüber der EFTA fahnenflüchtig werden sollten. Ganz im Gegenteil, wir werden, aus unseren eigenen wirtschaftlichen Interessen heraus, so lange als möglich an der EFTA festhalten. In dieser Stellungnahme wird erst dann eine Aenderung eintreten, wenn die in der EFTA enthaltenen Grundsätze und Regeln durch Uebergang in eine andere Form gegenstandslos geworden sind.

Zu Herrn Weber: Unsere Erklärung deutet in Richtung einer Freihandelszone, ohne diesen Begriff zu verwenden, denn er könnte bei den Dogmatikern der EG immer noch Anstoss erregen.

Mit Gewissheit können wir heute annehmen, dass die EG für die Wahrung unserer Neutralität einiges Verständnis aufbringt; das gleiche Verständnis hingegen fehlt bezüglich der Beibehaltung unserer spezifisch schweizerischen Strukturen, so namentlich der direkten Demokratie und des Föderalismus. Wir haben den EG klar zu machen, dass diese Strukturen nicht Ueberbleibsel veralteter Traditionen, sondern zeitgerechte und funktionsfähige Institutionen darstellen, die eine innere Legitimation aus der historischen Entwicklung unseres Landes aufweisen.

Im Rahmen der Diskussion über öffentliche Meinung und die Information des Volkes ist auch die Umfrage des Deutschschweizer Fernsehens zu erwähnen, bei der sich 73 % der Befragten für einen Vollbeitritt oder eine vertragliche Bindung mit den EG ausgesprochen haben. Dieses Resultat spricht von einem offenen, europäischen Denken und ist deshalb grundsätzlich zu begrüßen. Hingegen erscheint dieses Ergebnis in einem andern Licht, wenn man in Betracht zieht, dass sich nur 12 % der Befragten für die Aufgabe der Neutralität ausgesprochen haben. Dieser offensichtliche Widerspruch zeigt, dass das Volk die Fragestellung noch zu wenig erkannt hat. Es ist deshalb von grösster Wichtigkeit, dass dieser Mangel an Wissen und Einsicht innert Kürze behoben wird. Informationen müssen auf breiter Basis und in gemeinverständlicher Form verbreitet werden, wozu Sie und ihre Parteien in besonderem Masse berufen sind. Die Verwaltung wird Sie dabei nach besten Kräften unterstützen.

Abschliessend möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, dass wir Ihnen bei unserer nächsten Zusammenkunft gute Nachrichten über den Verlauf der Gespräche vorlegen können. Ich danke Ihnen für die heutige Aussprache auch im Namen der Mitglieder der Verhandlungsdelegation, nämlich der hier anwesenden Herren Botschafter Jolles, Botschafter Bindschedler, Botschafter Weitnauer, Botschafter Languetin und Dr. von Tscharner sowie der Herren Botschafter Wurth von unserer Mission in Brüssel und Feller von unserer neu errichteten Botschaft in Luxemburg.

Herr Arnold: Ich danke Herrn Bundesrat Brugger für seine Antwort. Die Aufklärung unseres Volkes erscheint mir allerdings auf anderen Gebieten vordringlicher als im Bereich der europäischen Integration. So ist z.B. die Frage des Beitritts zur UNO im Augenblick wichtiger. In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Bundesrat zu seinem Beschluss über die Entwicklungshilfe, mit dem er sich der Resolution der UNO-Generalversammlung anschloss, beglückwünschen. Die Probleme der europäischen Integration sind dagegen von geringerer Bedeutung, da die EG für uns heute geographisch zu klein und sachlich zu umfassend sind.

Herr Weber Max: Meine Frage über den Revisionsartikel des Vertrages mit den EG ist noch offen geblieben.

Herr Bundesrat Brugger: Selbstverständlich wird dieser Vertrag eine Revisionsklausel enthalten, denn er muss ja im Laufe der Entwicklung angepasst werden können.

Herr Schuler: Die Kündigungsklausel sollte aber nicht dazu dienen, das Referendum zu umgehen.

Herr Bundesrat Brugger: Ich möchte der Beurteilung dieser Frage durch unsere Juristen nicht vorgreifen. Ich gehe aber mit Herrn Graber einig, dass der Vertrag aus politischen Gründen dem Referendum zu unterstellen ist, wenn er seinem Inhalt nach über einen blossen Handelsvertrag hinausgeht.

Monsieur Graber: Lors de la session parlementaire de juin, le Conseil Fédéral a accepté deux motions* visant à la révision des dispositions constitutionnelles concernant le référendum en matière de traités internationaux**. Si à Bruxelles nous devons aboutir à un accord "substantiel", celui-ci - de l'avis du Conseil Fédéral - devrait être soumis, selon le cas, au référendum obligatoire ou, à tout le moins, bénéficier de la clause référendaire.

Der Vorsitzende: Ich schliesse die Sitzung mit dem Dank an die beiden Herren Bundesräte und die Vertreter der Verwaltung für die Information, die sie uns heute gegeben haben und für die gewaltige Arbeit, die im Hinblick auf die Gesprächseröffnung geleistet worden ist. Unserer Verhandlungsdelegation wünsche ich viel Glück und hoffe, dass sie uns an einer nächsten Sitzung über einen erfolgreichen Verlauf der Gespräche berichten kann.

Schluss der Sitzung: 11.30 Uhr

Beilagen: Referate der Herren Bundesräte Graber und Brugger
Pressemitteilung

* Motions Hummler (No 10314) et Luder (No 10315) du 12.6.69
** art. 89, al. 4, Cst.Féd.